



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amts-dauer 2009 - 2012

02. Sitzung

Dienstag, 3. Februar 2009, 17.00 bis 19.15 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Bruno Damann (CVP), Präsident

Anwesend Stadtparlament 29 Mitglieder

Entschuldigt Urs Brülisauer (SVP)

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Entschuldigt

Traktanden

- 02.01 Aufwertung Stadtkern, Vernehmlassungsbeschluss
- 02.02 Bischofszellerstrasse; Baukredit
- 02.03 Dorfplatz Arnegg; Baukredit
- 02.04 Interpellation Robin Wehrle (FLiG) „Fair trade“; Antwort
- 02.05 Seniorenwohnen mit Betreuung und Pflege Region Gossau
- 02.06 Parlamentarische Vorstösse

02.01

Aufwertung Stadtkern, Vernehmlassungsbeschluss

Grundlagen sind der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 10. September 2008 sowie der gleich lautende Antrag der Vorberatenden Kommission vom 12. Januar 2009:

Dem Vernehmlassungsbeschluss des Stadtrates wird zugestimmt.

(Der Vernehmlassungsbeschluss lautet: Der Stadtrat stimmt dem Projekt gemäss den Plänen vom 8.8.2008 zu. Er sichert die Übernahme des Kostenanteils von CHF 843'500 sowie die Übernahme der Sonderkosten Stadtgestaltung von CHF 2'077'000 durch die Stadt Gossau zu. Total ergibt dies Kosten von CHF 2'920'500 für die Stadt Gossau.)

Eintretensdiskussion:

Benno Koller (SVP), Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Die Ansicht des Stadtrates, dass Handlungsbedarf dringend geboten ist, wird geteilt. Die gekonnte farbliche Gestaltung dürfte das Image der Stadt Gossau stärken. Auch die Beleuchtung wurde eingehend diskutiert. Die VBK verlässt sich auf die Aussagen des Stadtrates, dass zu den Kandelabern noch Varianten geprüft werden. Sie bedauert, dass die Anzahl der Parkplätze reduziert werden muss, sie nimmt dies im Sinne der Verkehrssicherheit in Kauf. Die Anliegen der Anwohner müssen aber berücksichtigt werden. Die Aufhebung der Busbucht beim Gerbhof lässt sich vertreten, weil künftig die Billette nicht mehr beim Buschauffeur im wartenden Bus gekauft werden müssen. Der Kostenanteil scheint eher hoch, eine Investition in das Einkaufszentrum Gossau ist aber nötig. Die Veloführung im Bereich Friedbergstrasse soll nochmals geprüft werden. Falls das Projekt abgelehnt würde, würde der Kanton die Strasse ohne gestalterische Massnahmen in ihrem heutigen Ausmass sanieren. An den Kosten für die Trottoirs und Landerwerb müsste sich die Stadt auch dann mit 35 % beteiligen. Die VBK beantragt einstimmig Zustimmung zum Vernehmlassungsbeschluss.

Stefan Harder (FLiG) weist auf die Leitsätze der Stadtentwicklung hin, welche eine Reduktion des Verkehrs verlangen. Dies ist nur möglich, wenn in neue Strassenprojekte investiert wird. Nachdem die alternative Zentrumsquerung abgelehnt ist, will die FLiG das Ziel in kleinen Schritten erreichen. Das vorgelegte Projekt ist überzeugend. Der Verkehr wird sich verlangsamen. Das geplante Projekt ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die FLiG stimmt dem Antrag zu.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) orientiert, dass die Fraktion einstimmig hinter dem Antrag des Stadtrates steht. Es ist eine neue Verkehrskultur gefragt. Das System mit Mittelstreifen ist in anderen Gemeinden erfolgreich umgesetzt. Der motorisierte Verkehr wird damit nicht geringer, aber erträglicher. Er stellt fest, dass für die Beleuchtung noch Bemusterungen stattfinden. Kundenfreundliche Gratis-Kurzzeitparkplätze wären von Vorteil. Die Farben werden Gossau ein freundliches Gesicht geben. Mit der sicher einmaligen Strassenraumgestaltung kann das Projekt „Gossau wird bunt“ weiter gezogen werden.

Hanspeter Fröhlich (FDP) teilt mit, dass auch die FDP eingehend über die Farben und über die Möblierung diskutiert hat. Nach der Realisierung des Projektes wird über Gossau gesprochen werden, die FDP steht hinter dem Vorschlag. Mit Mittelstreifen werden in anderen Orten beste Erfahrungen gemacht. Mit dem Verzicht auf Busbuchten kann der Bus seinen Fahrplan besser einhalten. Das vorliegende Projekt überzeugt in seiner Gesamtheit. Lehnt Gossau das Projekt ab, entstünden dennoch Kosten für Trottoir und Landerwerb von ca. CHF 0.5 Mio.

Roland Seiler (SVP): Die Fraktion steht hinter der Aufwertung des Zentrums von Gossau. Mit der farblichen Gestaltung kann Standortmarketing betrieben werden. Verschiedene Punkte sind kritisch hinterfragt worden. Das Projekt muss indessen in der Gesamtheit angeschaut werden. Die SVP teilt die Meinung des Stadtrates, dass Handlungsbedarf dringend angebracht ist. Gossau muss einen lebendigeren Stadtkern erhalten. Die Stadt kann sich mit diesem schweizweit einzigartigen Projekt profilieren. Möglichst viele Parkplätze sollen erhalten bleiben, eventuell als Gratisparkplätze. Die Situation für Veloverbindung Bahnhofstrasse - Friedbergstrasse ist noch unbe-

friedigend gelöst. Die Vorteile des Gesamtprojektes überwiegen die Nachteile klar, die Fraktion beantragt Zustimmung.

Stefan Schmid (SP) erkennt einen Schritt in die richtige Richtung. Der Verkehr wird beruhigt. Weitere Schritte sind aber nötig, damit das Stadtzentrum vom Verkehr zurück erobert werden kann. Er unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Stadtrat Kurt Züblin sind die genannten Verbesserungsmöglichkeiten bekannt. Die Kurzzeitparkplätze sind auch dem Stadtrat ein grosses Anliegen. Für die Möblierung werden Bemusterungen stattfinden. Die Billett-Automaten in den Bussen sollten in absehbarer Zeit in Betrieb genommen werden.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

02.02

Bischofszellerstrasse; Baukredit

Grundlagen sind der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. Januar 2009 sowie der gleich lautende Antrag der Parlamentarischen Baukommission vom 19. Januar 2009:

Für das Projekt „Bischofszellerstrasse, Gröbliplatz bis Gerenstrasse; Kanalisations- / Versorgungsanlagen“ wird ein Kredit von CHF 2'100'000 (exkl. MwSt.) gewährt.

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, unterstützt den Antrag des Stadtrates. Verschiedene Rohrbrüche sowie zu kleine Leitungsdurchmesser der Kanalisation haben zu diesem Projekt geführt. Die Arbeiten sollen vor der Sanierung der Bischofszellerstrasse realisiert werden, welche der Kanton in nächster Zeit vorsieht. Er wünscht, dass solche Vorlagen dem Parlament in Zukunft früher unterbreitet werden.

Alfred Zahner (FLiG) vermisst in der Vorlage Bemerkungen zur Wärmerückgewinnung aus Abwasser. In künftigen Kanalvorlagen sollen Aussagen zur Wärmerückgewinnung gemacht werden. Investitionen in solche Anlagen sind nachhaltig.

Stadtrat Kurt Züblin sichert zu, dass solche Aussagen künftig in die Vorlagen aufgenommen werden.

Stefan Lenherr (CVP) orientiert, dass sich auch die CVP-Fraktion mit erneuerbaren Energien auseinandergesetzt hat. Die Fraktion wünscht, dass sich der Stadtrat mit diesem Thema befasst, soweit die wirtschaftliche Machbarkeit gegeben ist.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) vermisst Aussagen zum Verkehrskonzept. In früheren Bauvorhaben wurde jeweils die Westumfahrung frei gegeben für das Befahren mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf gemachte Abklärungen. Wenn die Ausführung reif ist, wird mit dem Kanton ein Verkehrskonzept erstellt. Das Problem ist erkannt.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

02.03**Dorfplatz Arnegg; Baukredit**

Grundlagen sind der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 19. Dezember 2008 und der gleich lautende Antrag der Parlamentarischen Baukommission vom 13. Januar 2009:

Für die Realisierung des Dorfplatzes Arnegg wird ein Kredit von CHF 775'200 (inkl. MwSt.) erteilt.

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, erstattet Bericht. Das Projekt ist auf die Bedürfnisse der Arneggerinnen und Arnegger abgestimmt. Die alte Scheune ist nicht mehr ins Projekt einbezogen. Die Kosten wurden reduziert. Der Dorfplatz wird eine Zentrumsfunktion wahrnehmen können. WC sind nicht vorgesehen. Der Einsatz von chemischen WC's soll geprüft werden. Die Realisierung des Dorfplatzes ist ein Schritt in die Zukunft des Dorfes. Er beantragt Zustimmung.

Hanspeter Fröhlich (FDP) weist darauf hin, dass das Baugesuchsverfahren für den Dorfplatz bereits eingeleitet ist, bevor der Kredit erteilt ist.

Stefan Lenherr (CVP) gratuliert zum Projekt. Gut Ding muss Weile haben. Die Fraktion unterstützt das Projekt einstimmig, die Arnegger haben es verdient.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

02.04**Interpellation Robin Wehrle (FLiG) „Fair trade“; Antwort**

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 17. Dezember 2008.

Detaildiskussion:

Erwin Sutter (FLiG) redet an Stelle des aus dem Parlament ausgeschiedenen Robin Wehrle. Der Stadtrat hat die Interpellation im Sinne des Interpellanten beantwortet. Es müssen nicht nur die Grossprojekte berücksichtigt werden, auch kleine Massnahmen führen zum Ziel. Die Stadt Gossau hat als Einkäuferin eine grosse Marktmacht. Die Diskussion wird nicht verlangt.

02.05**Seniorenwohnen mit Betreuung und Pflege Region Gossau**

Grundlagen sind

- der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Juli 2008
- die dort aufgeführten Beilagen vom 2. Juli 2008
- der Zusatz-Bericht des Stadtrates vom 3. Dezember 2008 „Alternativen zur Parlaments-Vorlage des Stadtrates vom 2. Juli 2008“

Der Stadtrat stellt am 2. Juli 2008 folgende Anträge:

1. *Die Leistungsvereinbarung mit Senevita AG Wabern per 1. Juli 2009 resp. auf einen vom Stadtrat zu bestimmenden Zeitpunkt wird genehmigt.*
2. *Das Heimreglement für das Altersheim Espel vom 21. November 2002 wird per 30. Juni 2009 resp. auf einen vom Stadtrat zu bestimmenden Zeitpunkt aufgehoben.*
3. *Der Baurechtsübertragung des Grundstücks Nr. 3388 an Senevita AG Wabern per 1. Juli 2009 resp. auf einen vom Stadtrat zu bestimmenden Zeitpunkt wird zugestimmt.*
4. *Art. 34 Abs. 2 des Personalreglementes vom 6. Oktober 1999 wird per 30. Juni 2009 resp. auf einen vom Stadtrat zu bestimmenden Zeitpunkt aufgehoben.*
5. *Die Beschlüsse 1 und 2 werden dem fakultativen Referendum unterstellt.*

Die Vorberatende Kommission stellt am 12. Dezember 2008 folgende Mehrheitsanträge:

1. *Auf die Vorlage vom 2.7.2008 wird eingetreten.*
2. *Den Anträgen 1 – 5 des Stadtrates vom 2.7.2008 wird unter Berücksichtigung der nachfolgenden Änderungen zugestimmt (hier folgen detaillierte Änderungsanträge zur Leistungsvereinbarung, Personalüberleitungsvertrag, Mietvertrag).*
3. *Die Zustimmung zu Antrag 3 entfällt für den Fall, dass ein anderes Grundstück für das Seniorenwohnen benutzt wird.*

Die Vorberatende Kommission stellt am 12. Dezember 2008 folgende Minderheitsanträge:

1. *Die Vorlage wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Finanzierung der Sanierung des Pflegeheims und des Ersatzes des Altersheims Espel durch die Stadt oder eine Stiftung / Genossenschaft anzustreben.*
2. *Für den Betrieb kann der Stadtrat Lösungsvorschläge im Sinne des bestehenden PPP – Vorlage unterbreiten oder alternativ die Führung des Betriebs durch die Stadt, eine Stiftung oder eine Genossenschaft vorschlagen.*

Eintretensdiskussion:

Alfred Zahner, Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Die Kommission ist einstimmig der Meinung, dass für das Seniorenwohnen in Gossau dringender Handlungsbedarf besteht. Die VBK hat ein Alterszentrum der Senecura GmbH (Mutterfirma der Senevita AG) in Bludenz besucht und dabei einen ausgezeichneten Eindruck erhalten. In Bludenz ist das Modell PPP ein Volltreffer.

Die VBK erachtet die Vertragsteile als qualitativ hoch und hat nur wenige Änderungsanträge. Über die politische Wertung der Anträge kann man unterschiedlicher Meinung sein. Alterswohnen ist auf eine langfristige Strategie ausgerichtet. Es geht um einen Beschluss mit sehr grosser Tragweite.

Eine Mehrheit von 4 Mitgliedern unterstützt die Anträge des Stadtrates. Die PPP-Lösung bringt den Menschen im 3. Lebensabschnitt bessere Leistungen als die heutige Lösung. Die Heimplätze werden dennoch bezahlbar bleiben. Niemand muss Angst haben müssen, dass er keinen Platz im Heim findet.

Eine Minderheit von 3 Mitgliedern zweifelt an der politischen Umsetzung des vorgeschlagenen Modells. Die Vorteile der Vorlage wären in einer Volksabstimmung schwierig aufzuzeigen. Bei einer Ablehnung durch das Volk würde das Parlament den Vorwurf erhalten, am Volk vorbei zu politisieren. Die Kommissionsminderheit möchte die Gebäude nicht einem Partner übertragen. Die Investitionen sollen durch die Stadt, eine Stiftung oder eine Genossenschaft finanziert werden. Ob der Zweckverband durch eine bessere Lösung ersetzt werden soll, muss der Stadtrat beurteilen.

Für das Wohnen im Alter gibt es mehr als nur eine gute Lösung. Die Situation kann in guten Treuen unterschiedlich beurteilt werden.

Stadtrat Paul Egger weist auf die Wichtigkeit der Vorlage hin. Der Stadtrat sucht eine nachhaltige, bedürfnisgerechte Lösung für das Seniorenwohnen. Die oberste Zielsetzung ist, etwas für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner zu tun. Deren Kundennutzen steht im Vordergrund. Die Vorlage des Stadtrates ist fundiert und zukunftsgerichtet. Die 5 weiteren Gemeinden des Zweckverbandes Pflegeheim stehen ausnahmslos hinter der Vorlage.

Der Stadtrat hat bewusst einen kreativen Lösungsweg gewählt und es sich nicht leicht gemacht. Es wäre für ihn einfacher gewesen, eine herkömmliche Kreditvorlage für ein neues Heim zu unterbreiten. Wenn nie etwas Neues gewagt wird, kommt man nicht weiter. Bei der vorgeschlagenen Lösung mit der Senevita AG handelt es sich um eine Partnerschaft zum Wohle der betagten oder kranken Menschen, und nicht um eine Privatisierung. Das grosse Netzwerk und das Knowhow der Senevita AG soll nutzbringend eingesetzt werden.

Die Bedürfnisse ändern sich laufend. Das Regionale Pflegeheim war vor 30 Jahren modern und eine gute Lösung. Seit einiger Zeit und zunehmend besteht Mühe, das Heim zu füllen. Das Heim ist nicht mehr zukunftsträchtig. Beide Heime haben jahrelang sehr gute Dienste geleistet, und die Mitarbeitenden leisten einen guten Dienst. Es ist offen, wie lange sich noch Mitarbeitende finden lassen, die in veralteten Strukturen mitarbeiten.

Der gewählte Partner hat die hohen Vorstellungen der Stadt am besten erfüllt. Mit der vorgesehenen PPP-Lösung soll die Senevita AG das heutige Pflegeheim im Baurecht erhalten. Das Altersheim Espel wird vermietet. Die Basis bildet die Leistungsvereinbarung mit den dazu gehörenden Verträgen. Darin sind der Auftrag, die Preisgestaltung, die Qualitätsansprüche etc. geregelt. Der Beirat wird eine zentrale Rolle ausüben. Die laufende Qualitätskontrolle, die Tarifstrukturen sowie die Mitsprache bei Massnahmen und Investitionen sind Kernstücke der Beiratstätigkeit. Ein Ausstieg aus dem Vertrag mit der Senevita AG ist jederzeit möglich, wenn die Vorgaben nicht erfüllt werden.

Die Vorlage des Stadtrates hat nichts zu tun mit Abschieben von Senioren oder Verschleudern von Vermögenswerten. Die Stadt wird mit dem geplanten Projekt Mehrwerte erhalten, und der Leistungspartner wird dafür erhebliche Investitionen erbringen. Er appelliert, in Chancen statt in Problemen zu denken, und den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Stefan Schmid (SP) stellt Handlungsbedarf fest. Dies ist auch baulich bedingt. Wer soll die Investitionen tätigen? Das Heim der Senecura GmbH hat überzeugt, die Partner scheinen vom Stadtrat seriös ausgewählt. Aber wie soll die Rechnung aufgehen, wenn die Stadt weniger bezahlen muss und dennoch mehr Nutzen erhalten soll? Gossau zieht sich wohl nicht ganz zurück, ein Beirat wird bleiben. Wenn tatsächlich Probleme entstehen, werden diese durch den Beirat kaum zu behandeln sein. Der Stadtrat soll weiter arbeiten und für die Führung eine professionelle Lösung zu wählen. Er unterstützt den Minderheitsantrag.

Felix Koller (FDP) Der Betrieb eines Heimes gehört nicht zwingend zu den Kernaufgaben. Ausschliesslich Effizienzüberlegungen sollen nicht Grundlage für neue Lösungen sein. Die Abhängigkeit vom Partner würde hoch, wenn die Gebäude ausgelagert werden. Besser wäre, nur den Betrieb auszulagern. Die Vorlage ist so nicht durchsetzbar. Sie müsste zwingend dem Stimmvolk vorgelegt werden. Die Globalisierung birgt Risiken für dieses PPP-Modell. Geld aus Gossau soll nie in die Kassen von ausländischen Investoren fließen. In der Stadt St.Gallen hat die GHG eine wichtige Rolle. Kann dieses Erfolgsmodell auch auf Gossau übertragen werden? Eine Lösung ist agglomerationsübergreifend zu prüfen. Der Minderheitsantrag wird unterstützt.

Melanie Helfenberger (CVP): Heute müssen genügend Plätze in genügender Qualität vorbereitet werden. In Gossau sind die Anforderungen an ein zeitgemässes Seniorenwohnen nicht mehr erfüllt. Die CVP Fraktion findet die Vorlage des Stadtrates sehr gut. Die Bevölkerung ist indessen verunsichert, es bestehen Ängste. Bei einer Volksabstimmung dürfte das Projekt schwierig zu kommunizieren sein. Aus diesen politischen Überlegungen beantragt die CVP die Unterstützung des Minderheitsantrages.

Claudia Meier-Uffer (FLiG): Die bestehenden Angebote erfüllen die künftige Nachfrage ungenügend. Ist es eine Kernaufgabe der Stadt, das Seniorenwohnen zu betreuen? Was können Private besser? Finanzpolitisch ist der Vorschlag des Stadtrates bestechend. Wird aber der Partner seine Gewinnmarge durch Leistungsabbau oder durch Risiko erhöhen? Gossau hat eine Aufwandoptimierung auf Kosten der Schwächeren nicht nötig. Lernen von der Privatwirtschaft ist richtig, aber nicht Delegation an die Privatwirtschaft. Der Stadtrat soll die geleistete Arbeit fortsetzen. Die Gebäude sollen nicht übertragen werden, sondern im Besitz der Stadt bleiben, der Betrieb kann neu geregelt werden. Die Projekte sollen zügig angegangen werden. Von Steuerfuss-Senkungen soll abgesehen werden. Der Minderheitsantrag ist zu unterstützen.

Claudia Martin (SVP) bedankt sich bei der VBK. Ein Sanierungsbedarf ist unbestritten. Sie will nicht die Pflegeheime in österreichische Hände geben. Es gäbe auch inländische Lösungen. Sie befürchtet, dass das Personal durch günstigere ausländische Personen ersetzt würde. Es ist nun an der Zeit, in eine nachhaltige Lösung für die älteren und betagten Menschen zu investieren. Sie unterstützt den Minderheitsantrag.

Hanspeter Fröhlich (FDP) Die Auflösung des PPP-Vertrages bei auftretenden Problemen dürfte schwierig werden, der Beirat dürfte eine schwache Stellung haben. Der Steuerfuss ist den geänderten Verhältnissen anzupassen, wenn neue Aufgaben kommen.

Stefan Harder (FLiG) befürwortet den Antrag des Stadtrates. Die professionelle Betreuung steht im Vordergrund. Es geht nur noch darum, wem die Häuser gehören. Offenbar ist das Parlament bereit, 30 Mio. zu investieren. Wie sind die Auswirkungen auf den Steuerfuss?

Melanie Helfenberger (CVP) hat noch Zeit bis zum Eintritt ins Altersheim. Als Fachfrau macht sie sich aber Gedanken, wie die Pflegesituation in der Zukunft aussieht. Es ist nicht Aufgabe einer modernen Stadt, ein Heim selbst zu führen. Sie ist aber verpflichtet, für solche Plätze zu sorgen. Sie beantragt Eintreten auf die stadträtliche Vorlage.

Stadtrat Paul Egger nimmt Stellung zu den Auswirkungen der Investitionen auf den Steuerfuss. Eine Investition von 30 Mio. wäre auf 25 Jahre abzuschreiben und zu verzinsen. Heute hat die Stadt ca. 40 Mio. Schulden zu verzinsen, eine Verdoppelung der Schulden wäre finanzpolitisch möglich. Den Stadtrat interessiert, was gewünscht wird, und nicht, was nicht gewünscht wird.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Minderheitsantrag 1 der Vorberatenden Kommission wird angenommen mit 24 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung.
Der Minderheitsantrag 2 der Vorberatenden Kommission wird angenommen mit 28 Ja, 1 Nein.

02.06 Parlamentarische Vorstösse

- Interpellation Felix Koller (FDP) „Energie- und Abfallverbund Region Gossau - St. Gallen, geographische und politische Neuausrichtung“
- Interpellation Fredi Mosberger (CVP) „Benutzerfreundliche Regeln im Fürstenlandsaal“

Der Präsident

Der Stadtratsschreiber



Bruno Damann



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 9. Februar 2009 genehmigt.